

Antrag Nr. 08-F-25-0062

CDU/Grüne/FDP

Betreff:

Geplantes Kohleheizkraftwerk Ingelheimer Aue
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom
30.4.2008 -

Antragstext:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich das Wiesbadener Stadtparlament bereits in seiner Sitzung am 13. März 2008 gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue ausgesprochen und die ESWE Versorgungs AG und die KMW AG gebeten hat, weiterhin alternative Wege der Stromproduktion, z.B. durch den Bau eines weiteren Gas- und Dampfkraftwerks, zu prüfen. Ebenso hat sich der Stadtrat von Mainz in seiner vergangenen Sitzung am 23.4.2008 mit breiter Mehrheit gegen den Bau des Kohlekraftwerks ausgesprochen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Vorhaben des Oberbürgermeisters, sich in der kommenden Sitzung des KMW Aufsichtsrats am 13. Mai 2008 dafür einzusetzen, gegebenenfalls durch eine strategische Partnerschaft mit einem Gaslieferanten die Energieversorgung in der Region anstelle des geplanten Kohlekraftwerks mittels eines Gas- und Dampfkraftwerks zu sichern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung würde es begrüßen, wenn die Hauptversammlung der KMW über ein GuD Kraftwerk als Alternative zum Kohlekraftwerk beraten würde.
4. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, dass die in den rund 40.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern aus Wiesbaden und der Region vorgebrachten Bedenken und Einwände ernst genommen und berücksichtigt werden.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihr Ziel in Wiesbaden bis zum Jahr 2020 den CO₂ Ausstoß (Gesamtenergieverbrauch) um 20 Prozent zu reduzieren. Erste Projekte, die durch die Nutzung von erneuerbaren Energien dazu beitragen, sind bereits realisiert bzw. befinden sich kurz vor der Realisierung. Dazu gehören die Festsetzung, öffentliche Gebäude in der Regel im Passivhausstandard zu realisieren (Turnhalle Krautgärten, Stadtmuseum), die erweiterte Nutzung des Thermalwassers (Kleine Schwalbacher Straße) ebenso wie der Bau einer großflächigen Photovoltaikanlage (Deponiegelände). Darüber hinausgehende Maßnahmen der Nutzung weiterer Formen erneuerbarer Energien sollen folgen. Sowohl die Realisierung einer Anlage zur energetischen Nutzung von Biomasse aus Bioabfallstoffen als auch die Mitnutzung möglicher Windenergieanlagen im Rheingau-Taunus-Kreis werden geprüft und können dazu beitragen, den CO₂ Ausstoß in Wiesbaden weiter zu senken.

Wiesbaden, 02.05.2008

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender CDU

Bettina Schreiber
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90 / Die GRÜNEN

Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender
FDP

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Geschäftsführer

Volker Meisinger-Persch
Geschäftsführer

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin